

05. Sitzung des Gemeinderates vom 18.09.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Der Erste Bürgermeister teilt mit, dass die SPD-Fraktion ihren Antrag, der unter Tagesordnungspunkt 7 zur Behandlung vorgesehen war, zurückgezogen hat. Zudem teilte der Erste Bürgermeister mit, dass der Tagesordnungspunkt 14 zurückgestellt wird. Die beiden Tagesordnungspunkte 7 und 14 werden somit nicht behandelt.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

65 23 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüssen wurde kein Beschluss in der heutigen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

Genehmigung der Niederschriften aus den öffentlichen Sitzungen

66 23 Beschluss: 23 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 24.07.2014, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

Änderung in der Zusammensetzung des Gemeinderats für die Wahlperiode 2014 – 2020 aufgrund des Amtsverlusts eines Gemeinderatsmitglieds

- a) Feststellung des Amtsverlustes eines bisherigen Gemeinderatsmitglieds
- b) Bestimmung eines Nachrückers

a) Feststellung des Amtsverlustes eines bisherigen Gemeinderatsmitglieds

Das bisherige Gemeinderatsmitglied Herr Manfred Schulz hat am 04.08.2014 seine bis dahin bestehende Nebenwohnung in Unterföhring abgemeldet. Damit besteht für Herrn Schulz in Unterföhring kein melde-rechtlicher Wohnsitz mehr.

Das Bestehen eines melderechtlichen Wohnsitzes ist eine Voraussetzung für die Wählbarkeit als Gemeinderatsmitglied (Art. 21 Abs. 1 Gemeindelandkreiswahlgesetz - GLKrWG -).

Gemäß Art. 48 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GLKrWG verliert ein bereits gewähltes ehrenamtliches Gemeinderatsmitglied sein Amt kraft Gesetzes, wenn die

05. Sitzung des Gemeinderates vom 18.09.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Wählbarkeitsvoraussetzungen nicht mehr gegeben sind.
Das Landratsamt München hat den Sachverhalt ebenfalls geprüft und mit Schreiben vom 18.08.2014 mitgeteilt, dass ein Amtsverlust vorliegt.
Gemäß Art. 48 Absatz 3 Satz 3 GLKrWG stellt der Gemeinderat den Amtsverlust fest und bestimmt einen Nachrücker.

67 23 Beschluss: 23 : 0

Aufgrund der Abmeldung seiner bisherigen Nebenwohnung wird festgestellt, dass das bisherige Gemeinderatsmitglied Herr Manfred Schulz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) die Wählbarkeitsvoraussetzungen des Art. 21 Abs. 1 GLKrWG nicht mehr erfüllt und hierdurch kraft Gesetzes sein Amt als Gemeinderatsmitglied mit Wirkung vom 04.08.2014 verloren hat.

Az.: 0241

b) Bestimmung eines Nachrückers

Der Gemeinderat bestimmt im Falle eines Amtsverlustes eines seiner ehrenamtlichen Mitglieder gemäß Art. 48 Absatz 3 Satz 2 GLKrWG einen Nachrücker für das freigewordene Amt.

Aufgrund der bei der Gemeinderatswahl am 16. März 2014 erhaltenen Stimmenzahl ist Frau Irmgard Kempel, wohnhaft 85774 Unterföhring, Kanalstr. 8 erste Listennachfolgerin des Wahlvorschlagsträgers BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frau Kempel wurde mit Schreiben vom 19.08.2014 darüber informiert, dass Sie die erste auf Herrn Schulz folgende Listennachfolgerin ist. Sie wurde zeitgleich aufgefordert binnen einer Woche, spätestens bis zum 29.08.2014 schriftlich zu erklären, ob sie dieses Amt annimmt.

Frau Kempel hat mit Schreiben vom 22.08.2014 schriftlich mitgeteilt, dass Sie das Amt nicht annehmen wird.

Über die Wirksamkeit der Ablehnung des Amtes entscheidet der Gemeinderat (Art. 48 Absatz 3 Sätze 2 und 3 i.V.m. Art. 47 Absatz 4 Satz 1 GLKrWG), wobei die Prüfung lediglich die formale Wirksamkeit (schriftlich und fristgerecht) der Ablehnung umfasst; eine Begründung für den Amtsverzicht ist seitens des Listennachfolgers im Falle eines Nachrückens nicht erforderlich (Art. 48 Absatz 1 Satz 2 GLKrWG).

Aufgrund der vorliegenden Ablehnungserklärung der ersten Listennachfolgerin erfolgt bei deren Wirksamkeit die Besetzung des freigewordenen Amtes als Gemeinderatsmitglied mit dem nächsten Listennachfolger des Wahlvorschlagsträgers BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Art. 48 Absatz 3 Satz 3 i.V.m. Art. 47 Absatz 4 Satz 2 GLKrWG).
Anhand der bei der Gemeinderatswahl vom 16.03.2014 erreichten Stimmenzahl des Wahlvorschlagsträgers BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die nächste Listennachfolgerin Frau Gisela Fischer, wohnhaft in 85774 Unterföhring, Kanalstr. 6.
Frau Fischer wurde mit Schreiben vom 22.08.2014 darüber informiert, dass

05. Sitzung des Gemeinderates vom 18.09.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

sie die zweite auf Herrn Schulz folgende Listennachfolgerin ist und ihr aufgrund der vorliegenden Ablehnung der ersten Listennachfolgerin das freigewordene Amt des Gemeinderatsmitglieds zusteht. Sie wurde zeitgleich aufgefordert binnen einer Woche, spätestens bis zum 02.09.2014 schriftlich zu erklären, ob sie dieses Amt annimmt.

Frau Fischer hat mit Erklärung vom 22.08.2014 schriftlich mitgeteilt, dass sie das Amt annehmen und den erforderlichen Eid leisten wird.

68 23 Beschluss: 23 : 0

Es wird festgestellt, dass die erste Listennachfolgerin, Frau Irmgard Kempel, als Nachrückerin für das frei gewordene Amt des Gemeinderatsmitglieds ausscheidet, da sie die Annahme des Amts gemäß Art. 48 Absatz 1 Satz 2 GLKrWG wirksam abgelehnt hat.

Frau Gisela Fischer hat als zweite Listennachfolgerin für das freigewordene Amt des Gemeinderatsmitglieds erklärt, das Amt anzunehmen und den erforderlichen Amtseid abzulegen. Frau Fischer tritt damit die Nachfolge des ausgeschiedenen Herrn Schulz als Gemeinderatsmitglied an.

Az.: 0241
0.1

Im Anschluss an die Bestimmung von Frau Gisela Fischer als Nachrückerin nimmt der Erste Bürgermeister von dem neuen Gemeinderatsmitglied den in Art. 31 Abs. 4 Gemeindeordnung (GO) vorgeschriebenen Eid ab:

„Ich gelobe Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Bayern.

Ich gelobe, den Gesetzen gehorsam zu sein und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen.

Ich gelobe, die Rechte der Selbstverwaltung zu wahren und ihren Pflichten nachzukommen.“

Neuerlass der Geschäftsordnung für den Gemeinderat 2014 bis 2020

Der Erste Bürgermeister bringt die Gemeinderatsbeschlüsse vom 08.05.2014, Nrn. 9 und 10, in Erinnerung in denen der Gemeinderat den Erlass der Geschäftsordnung für den Gemeinderat 2014 bis 2020 (GeschO) in der Fassung vom 29.04.2014) beschlossen hat.

Unter anderem wurde die Geschäftsordnung für den Gemeinderat 2014 bis 2020 der Rechtsaufsicht beim Landratsamt München vorgelegt. Mit

05. Sitzung des Gemeinderates vom 18.09.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Schreiben vom 23.07.2014 hat das Landratsamt München mitgeteilt, dass redaktionelles bzw. Klarstellungen in der GeschO zu ändern sind. Das Schreiben vom 23.07.2014 wird bekannt gegeben. Die Änderungen wurden im Entwurf der GeschO, Stand 25.08.2014, kenntlich gemacht. Der neue Satzungsentwurf, Stand 25.08.2014 wurde dem Gremium zugestellt.

69 24 Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat beschließt den Neuerlass der als Beilage beigefügten Geschäftsordnung für den Gemeinderat 2014 bis 2020 inkl. der Anlage 1 (Stand 25.08.2014) zu. Gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung für den Gemeinderat 2014 bis 2020 inkl. Anlage 1 vom 09.05.2014 außer Kraft.

- siehe Beilage -

Az.: 024-2; 025-2
0.1

Neuerlass der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts

Der Erste Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 08.05.2014, Nr.13, in Erinnerung in dem der Gemeinderat den Erlass der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts in der Fassung vom 29.04.2014) beschlossen hat.

Alle kommunalen Satzungen und Verordnungen werden der Rechtsaufsicht beim Landratsamt München vorgelegt. Mit Schreiben vom 23.07.2014 hat das Landratsamt München mitgeteilt, dass die festgelegte Anzahl von Ausschussmitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses, die Anzahl kraft Gesetz übersteigt. Gemäß Artikel 103 Abs. 2 der Gemeindeordnung (GO) ist die Zahl der Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses auf höchstens sieben Mitglieder (einschließlich Vorsitzenden) begrenzt. Die Gemeinde Unterföhring hat in seiner Sitzung am 08.05.2014 die Anzahl der Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses mit acht Mitgliedern beschlossen. Aus diesem Grund ist § 2 der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts zu ändern. Der neue Satzungsentwurf, Stand 22.08.2014 wurde dem Gremium zugestellt.

70 24 Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat beschließt den Neuerlass der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts in der Anlage (Stand: 22.08.2014), die zum Bestandteil des Protokolls erklärt wird. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 15.05.2014 außer Kraft.

05. Sitzung des Gemeinderates vom 18.09.2014

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- siehe Beilage -

Az.: 024-2; 025-2
0.1; 2

Besetzung von Ausschüssen für die Legislaturperiode 2014 bis 2020

Aufgrund des Ausscheidens des ehemaligen Gemeinderatsmitglieds Herrn Manfred Schulz und der Besetzung des freigewordenes Amtes durch die Nachrückerin Frau Gisela Fischer sind die von diesem Wechsel ebenfalls betroffenen weiteren Funktionen neu zu vergeben.

Auf Vorschlag der PWU-Fraktion hatte das ehemalige Gemeinderatsmitglied Manfred Schulz folgende Funktionen in den Ausschüssen der Gemeinde Unterföhring:

1. 1. Stellvertreter für das Ausschussmitglied Johann Mecke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) im Umwelt- und Energieausschuss
2. 1. Stellvertreter für das Ausschussmitglied Johann Mecke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) im Jugend- und Kulturausschuss

Weiter war das ehemalige Gemeinderatsmitglied Manfred Schulz als Mitglied im Kuratorium Jugendfreizeitstätte Fezi benannt.

Bereits im Vorfeld hat die PWU-Fraktion mitgeteilt, dass für die Übernahme dieser freigewordenen Ausschusssitze Bündnis 90/Die Grünen die Wahl der Ausschussbesetzung selbst vornehmen kann.

Darüber hinaus hat das Landratsamt München mit Schreiben vom 23.07.2014 mitgeteilt, dass die festgelegte Anzahl von Ausschussmitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses die Anzahl kraft Gesetz übersteigt. Gemäß Artikel 103 Abs. 2 der Gemeindeordnung (GO) ist die Zahl der Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses auf höchstens sieben Mitglieder (einschließlich Vorsitzenden) begrenzt. Die Gemeinde Unterföhring hat in seiner Sitzung am 08.05.2014 die Anzahl der Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses mit acht Mitgliedern beschlossen. Aus diesem Grund wurde durch Beschluss in heutiger Sitzung § 2 der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts geändert und die Anzahl der Mitglieder im Rechnungsprüfungsausschuss auf die gesetzlich vorgesehene Anzahl von sieben Mitgliedern reduziert.

Für die Besetzung Kuratorium der Jugendfreizeitstätte FEZI ist seitens der Fraktion B'90/DIE GRÜNEN ein neues Mitglied zu benennen. Auf Vorschlag der PWU-Fraktion werden gemäß Art. 33 Abs. 1 GO die folgenden beiden Ausschüsse mit den jeweils benannten Gemeinderatsmitgliedern besetzt:

05. Sitzung des Gemeinderates vom 18.09.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Umwelt- und Energieausschuss:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Johannes Mecke	Gisela Fischer	Marianne Rader

Jugend- und Kulturausschuss:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Johannes Mecke	Gisela Fischer	Dr. G. Ernstberger

71

24

Beschluss: 24 : 0

Umwelt- und Energieausschuss

Aus dem Vorschlag der PWU-Fraktion

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Johannes Mecke	Gisela Fischer	Marianne Rader

Jugend- und Kulturausschuss

Aus dem Vorschlag der PWU-Fraktion

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Johannes Mecke	Gisela Fischer	Dr. G. Ernstberger

Auf Vorschlag der Fraktionen wird gemäß Art. 103 Abs. 2 GO der Rechnungsprüfungsausschuss mit folgenden Gemeinderatsmitgliedern besetzt:

Rechnungsprüfungsausschuss

Aus dem Vorschlag der CSU-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Franz Solfrank	Lorenz Ilmberger	Josef Ebert

05. Sitzung des Gemeinderates vom 18.09.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Aus dem Vorschlag der PWU-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Marianne Rader	Johann Zehetmair	Edith Michal
Dr. G. Ernstberger	Manuel Prieler	Simone Guist
Günter Peischl	Udo Guist	Klaus Läßing

Aus dem Vorschlag der SPD-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Philipp Schwarz	Thomas Weingärtner	Manfred Unterstein
Albert Kimberger	Andreas Post	Franz Klietsch
Jutta Schödl		

Zur Vorsitzenden wird Gemeinderatsmitglied Frau Jutta Schödl und zu ihrer Stellvertretung wird Gemeinderatsmitglied Dr. Günther Ernstberger benannt.

Kuratorium der Jugendfreizeitstätte FEZI

Für das Kuratorium der Jugendfreizeitstätte FEZI wird für die B'90/DIE GRÜNEN-Fraktion Frau Gisela Fischer die Gemeinde Unterföhring mitvertreten.

Az.: 0242
0.1; 1; 2; 3; 4

72

24

Antrag der SPD Fraktion auf kostenfreie Überlassung des Bürgerhauses für alle Unterföhringer Bürger

Mit Schreiben vom 26.06.2014 stellte die SPD Fraktion den Antrag, die Entgeltordnung des Bürgerhauses wie folgt zu ändern:
Im Tarif IV sind die Gebühren für Veranstaltungen von Unterföhringer Bürgern auf Null herabzusetzen. Ebenso ist für den Mietpartyraum zu Verfahren.
Die Kautionsvereinbarung für den Mietpartyraum ist von der Änderung nicht betroffen und soll bestehen bleiben. Der Antrag wurde dem Gremium zugestellt.

Als Begründung wird Folgendes angeführt: Nachdem durch den Antrag der PWU-Fraktion am 26.06.14 das Gremium mehrheitlich beschlossen hat, das Bürgerhaus den Unterföhringer Vereinen und Organisationen unentgeltlich zu

05. Sitzung des Gemeinderates vom 18.09.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

überlassen, ist auch eine Änderung für die Unterföhringer Bürger geboten. Der einzelne Bürger soll in seinem "Haus" nicht schlechter gestellt werden, als die örtlichen Vereine und Organisationen, in denen er gemeinsam mit anderen seine Freizeit gestaltet.

Seitens der SPD-Fraktion wurde der Antrag für heutige Sitzung zurückgenommen.

Az.: 610
4.0; 0.1; 2.0; 3.0;

Antrag der CSU-Fraktion zum Aufstellen von Informationstafeln

Der Bürgermeister gibt den Antrag der CSU-Fraktion zum Aufstellen von Informationstafeln vom 22.07.2014 bekannt. Dieser Antrag wurde dem Gremium zugestellt.

An der nördlichen und südlichen Einfahrt in das Gemeindegebiet an der Staatsstraße 2053 und an der Einfahrt in das Gewerbegebiet, von der M3 kommend, sollen jeweils eine einzeln bestückbare Bekanntmachungs- bzw. Informationstafel aufgestellt werden.

Auf dafür vorgesehenen Einschüben auf einem neutralen Basisträger soll den Unterföhringer Vereinen, Organisationen und Einrichtungen die Möglichkeit gegeben werden, zeitnah und öffentlichkeitswirksam auf örtliche öffentliche Veranstaltungen (Traditionsveranstaltungen, Vereinsjubiläen, außergewöhnliche Sport- und Kulturveranstaltungen und Veranstaltungen mit überörtlicher Bedeutung) hinzuweisen. Die grafische Gestaltung der einzelnen Informationstafeln (Einschübe) soll dabei einheitlich erfolgen. Die Koordinierung soll über das Kulturamt der Gemeinde Unterföhring erfolgen.

Begründung:

Um auch diejenigen Unterföhringer Bürgerinnen und Bürger, die nicht auf die ortsüblichen Informationswege zurückgreifen (Ortsnachrichten, Schaukästen), plakativ auf örtliche Veranstaltungen hinweisen zu können, sind Informationstafeln ein geeignetes Instrument. Auch die Beschäftigten in den Unterföhringer Betrieben, die nicht über die örtlichen Werbemaßnahmen erreicht werden können, können damit über diese Veranstaltungen informiert werden. Mit einheitlichen Tafeln wird außerdem ein möglicher Wildwuchs einzelner Werbemaßnahmen verhindert.

Beschluss: 24 : 0

73

24

Die Verwaltung wird beauftragt, für die einzeln bestückbaren Bekanntmachungs- bzw. Informationstafeln an der nördlichen und südlichen Einfahrt in das Gemeindegebiet an der Staatsstraße 2053 und an der Einfahrt in das Gewerbegebiet, von der M3 kommend, Angebote einzuholen.

05. Sitzung des Gemeinderates vom 18.09.2014

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Nach Vorlage der Angebote ist erneut zu entscheiden.

Az: 631

3.2; 3.1; 4.1; 2.1

Antrag der PWU Fraktion auf Einrichtung von W-LAN Hot Spots

Der Bürgermeister gibt den Antrag der PWU-Fraktion vom 06.08.2014 zur Einrichtung von W-LAN Hotspots in Unterföhring bekannt. Dieser Antrag wurde dem Gremium zugestellt.

Es sollen die technischen, sicherheitsrelevanten, infrastrukturellen, organisatorischen, personellen, (haftungs-)rechtlichen, finanziellen sowie gesundheitlichen Bedingungen zur Errichtung eines kostenlosen W-LAN-Netzes (Zugang evtl. zeitlich beschränkt) an den ausgewählten Standorten geprüft werden, welches den Bürgerinnen und Bürgern einen kostenlosen mobilen Zugang ins Internet ermöglicht.

Im Rahmen der Umsetzungsprüfung soll u.a. auf aktuelle Erfahrungen von anderen Kommunen zurückgegriffen werden, die bereits diesen Weg gegangen sind.

Darüber hinaus sollen zertifizierte technische Dienstleister identifiziert werden, die bereits über Erfahrungen im Aufbau von W-LAN Netzen auf kommunaler Ebene verfügen.

Des Weiteren soll geprüft werden, welche Fördermöglichkeiten des bayerischen Wirtschaftsministeriums im Rahmen des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen verfügbar sind.

Begründung:

Mehr und mehr Kommunen stellen mittlerweile an ausgewiesenen öffentlichen Plätzen freie, aber gesicherte W-LAN Zugänge für mobile Endgeräte wie Smartphones Tablets u.a. zur Verfügung.

Für Unterföhring stellt dies einen wichtigen Baustein der Modernisierung unserer gemeindlichen digitalen Infrastruktur dar, der zu einer Erhöhung der Attraktivität unseres Standortes bei Bürgern, Unternehmen und Gästen führen kann. Als moderne zukunftsorientierte Gemeinde sollte sich Unterföhring dieser Entwicklung nicht verschließen und die Rahmenbedingungen für eine zügige Umsetzung schaffen.

Mögliche Standorte/Plätze in Unterföhring, die in besonderem Maße geeignet erschienen sind:

- S-Bahnhof Unterföhring
- Bürgerhaus Unterföhring
- Rathaus Unterföhring
- FEZI
- Sportpark Jahnstraße
- Feringahaus
- Im zukünftigen neuen Ortskern
- Im zukünftigen neuen Sportgelände

05. Sitzung des Gemeinderates vom 18.09.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Beschluss: 15 : 9

- 74 24 Die Gemeinde Unterföhring ermittelt die technischen, sicherheitsrelevanten, infrastrukturellen, organisatorischen, personellen, (haftungs-)rechtlichen, finanziellen sowie gesundheitlichen Bedingungen zur Errichtung eines freien W-LAN-Netzes (evtl. zeitlich beschränkten Zugangs) an ausgewählten Standorten, das den Bürgerinnen und Bürgern sowie Gästen einen kostenlosen mobilen Zugang in das Internet an diesen Standorten gewährleistet. Im Rahmen der Umsetzungsprüfung sollte u.a. auf aktuelle Erfahrungen von Kommunen zurückgegriffen werden, die bereits diesen Weg gegangen sind, um für Unterföhring die bestmögliche Lösung erarbeiten zu können. Darüber hinaus sollen zertifizierte technische Dienstleister identifiziert werden, die bereits über Erfahrungen im Aufbau von WLAN-Netzen auf kommunaler Ebene verfügen. Des Weiteren sollte geprüft werden, welche Förderungsmöglichkeiten des bayerischen Wirtschaftsministeriums im Rahmen des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen verfügbar sind.

Az: 610
0;1;2;3

Budgetvereinbarungen 2015 für die Kindertagesstätten als Ergänzung zum Trägerschaftsvertrag mit der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Oberbayern e.V.

Gemäß Nr. 5.8 der Trägerschaftsverträge werden die Art und der Umfang der zu erbringenden Leistung sowie die Finanzierung jährlich durch eine Budgetvereinbarung geschlossen.

Die Vorlage der Haushaltsentwürfe 2015 erfolgte mit Schreiben der Arbeiterwohlfahrt vom 16.08.2014 und wurden dem Gremium zugestellt.

Demnach werden die Personal- und Sachkosten, die übernommenen Elternbeiträge sowie die zu erwartenden vorläufigen Zuschüsse nach dem BayKiBiG wie folgt veranschlagt:

2015	Personal- und Sachkosten HHStelle .6780	Elternbeiträge HHStelle .7180	Zu erwartende Zuschüsse BayKiBiG HHSt..1710
Mittagsbetreuung 2110.	319.735,23	0,00	0,00
Kindergarten 1 4640.	733.982,83	97.200,00	252.466,75
Kindergarten 2 4641.	668.276,78	51.060,00	248.853,50
Kindergarten 3 4642.	351.058,30	43.020,00	120.377,00

05. Sitzung des Gemeinderates vom 18.09.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Kinderhort 4643.	1.072.874,78	95.940,00	233.915,50
Kinderkrippe 1 4644.	237.870,98	73.440,00	96.030,00
Kinderkrippe 2 4646.	665.886,59	185.340,00	253.727,75
Kinderkrippe 3 4647.	818.279,89	294.480,00	345.789,75
Kinderhaus 4645.	1.313.031,63	286.140,00	506.534,00
Interimshort 4648	796.924,38	112.920,00	282.682,25
Gastkindeinricht. 4649.	350.000,00	200.000,00	100.000,00

Beschluss: 24 : 0

75

24

Der Gemeinderat genehmigt das Budget 2015 für die Kindertagesstätten wie von der Arbeiterwohlfahrt beantragt.

Die Einnahmen und Ausgaben sind in folgender Höhe mit der Budgetvereinbarung zu unterzeichnen und in den Haushalt 2015 zu übernehmen:

2015	Ausgabe HHStelle .6780	Ausgabe HHStelle .7180	Einnahme HHStelle .1710
Mittagsbetreuung 2110.	320.000,00	0,00	0,00
Kindergarten 1 4640.	734.000,00	98.000,00	253.000,00
Kindergarten 2 4641.	669.000,00	52.000,00	249.000,00
Kindergarten 3 4642.	352.000,00	44.000,00	121.000,00
Kinderhort 4643.	1.073.000,00	96.000,00	234.000,00
Kinderkrippe1 4644.	238.000,00	74.000,00	97.000,00
Kinderkrippe 2 4646.	666.000,00	186.000,00	254.000,00

05. Sitzung des Gemeinderates vom 18.09.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Kinderkrippe 3 4647.	819.000,00	295.000,00	346.000,00
Kinderhaus 4645.	1.314.000,00	287.000,00	507.000,00
Interimshort 4648	797.000,00	113.000,00	283.000,00
Gastkindeinricht. 4649.	350.000,00	200.000,00	100.000,00
Summe	7.327.921,39	1.439.540,00	2.440.376,50

-siehe Beilage-

AZ.:
2.1; 1.1

Namens- / Bezeichnungsänderung der Unterförhringer Kindertagesstätten (Empfehlungsbeschluss aus dem Wohnungs- und Sozialausschuss)

Die Unterförhringer Kindertagesstätten führen derzeit einen entsprechend ihrer Einrichtungsart nummerisch fortlaufenden Namen.

Unabhängig von dem Wunsch vieler Eltern die Namensführung weniger abstrakt zu gestalten haben die Einrichtungsleitungen angeregt, die Bezeichnung der jeweiligen KiTa durch die Hinzufügung des Straßennamens zu konkretisieren.

So fallen nicht nur die bei den Eltern für Irritationen sorgende Bezeichnungen weg (z.B. der Begriff „Interim“ beim Interimshort an der Münchner Str.), sondern die Bezeichnung würde zudem auf die Lage bzw. den Standort der Einrichtung hinweisen und so eine Zuordnung / Orientierung ermöglichen.

Auf kindliche Bezeichnungen, wie z.B. „Hobbithöhle“ o.Ä. möchten die Einrichtungsleitungen bewusst verzichten.

Eine etwaige Namensänderung ist auch bereits mit dem AWO Bezirksverband Oberbayern abgestimmt.

Der Wohnungs- und Sozialausschuss hat sich in seiner Sitzung am 22.07.2014, Beschluss Nr. G 7, mit der Thematik befasst und empfiehlt dem Gemeinderat folgende neue Bezeichnungen für die Kindertagesstätten in Unterförhring:

<u>bisher</u>	<u>neu</u>
Kinderkrippe 1	Kinderkrippe Förhringer Allee

05. Sitzung des Gemeinderates vom 18.09.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Kinderkrippe 2	Kinderhaus Römerweg
Kinderkrippe 3	Kinderhaus Straßäckerallee 13
Kindergarten 1	Kindergarten Blumenstraße
Kindergarten 2	Kindergarten St.-Florian-Straße
Kindergarten 3	Kindergarten Schramelweg
Kinderhaus	Kinderhaus Straßäckerallee 11
Kinderhort	Kinderhort Schulstraße
Interimshort	Kinderhort Münchner Straße

Beschluss: 24 : 0

76

24

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Wohnungs- und Sozialausschusses und stimmt einer lage- bzw. standortbezogenen Bezeichnung der Unterförhinger Kindertagesstätten zu.

Die Einrichtungen sollen im Einzelnen künftig folgende Bezeichnungen führen:

<u>bisher</u>	<u>neu</u>
Kinderkrippe 1	Kinderkrippe Föhringer Allee
Kinderkrippe 2	Kinderhaus Römerweg
Kinderkrippe 3	Kinderhaus Straßäckerallee 13
Kindergarten 1	Kindergarten Blumenstraße
Kindergarten 2	Kindergarten St.-Florian-Straße
Kindergarten 3	Kindergarten Schramelweg
Kinderhaus	Kinderhaus Straßäckerallee 11
Kinderhort	Kinderhort Schulstraße
Interimshort	Kinderhort Münchner Straße

Az.: 423

1, 3, 2

Anfrage der Tagesmütter Unterförhng zur Kostenübernahme von obligatorischen Fachfortbildungen (Empfehlungsbeschluss aus dem Wohnungs- und Sozialausschuss)

Der Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 14.03.2013 (Nr. 943) in Erinnerung, mit dem im Rahmen des Konzepts zum Ausbau der Kindertagespflege in Unterförhng die Bezuschussung zu den Ausbildungskosten für interessierte Tagesmütter beschlossen wurde.

Derzeit arbeiten in Unterförhng 7 Tagesmütter und betreuen insgesamt 27 Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr.
Den Zuschuss zu den Ausbildungskosten hat keine Tagesmutter in Anspruch genommen.

05. Sitzung des Gemeinderates vom 18.09.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Unterföhringer Tagesmütter haben mit Schreiben vom 07.07.2014 die Anfrage eingereicht, ob die Gemeinde Unterföhring die Finanzierung der obligatorischen (verpflichtenden) Fortbildungsmaßnahmen übernehmen würde.

Jede Tagesmutter muss regelmäßig fachliche Fortbildungen besuchen, um die für die Tätigkeit als Tagesmutter erforderliche Pflegerlaubnis des Kreisjugendamts München aufrecht zu erhalten.

Die Mindestanzahl an Kursstunden, die eine Tagesmutter jährlich nachweisen muss, beträgt 15 Fortbildungsstunden.

Die Kurse werden u.a. von der Nachbarschaftshilfe in Ismaning angeboten. Die Nachbarschaftshilfe Unterföhring hat mit der Nachbarschaftshilfe Ismaning eine kooperative Zusammenarbeit zugesichert. In diesem Rahmen besteht für alle Unterföhringer Tagesmütter die Möglichkeit, die notwendigen Kurse in Ismaning nach Bedarf und terminlich abgestimmt zu besuchen.

Pro Kursstunde fallen bei der Nachbarschaftshilfe Ismaning derzeit Kosten i.H.v. 50,00 Euro an. Die Teilnehmerzahl hat hierbei keine Auswirkungen auf die Höhe der Kursgebühr und bleibt somit unabhängig von der Teilnehmerzahl gleichbleibend.

Die Anfrage der Tagesmütter umfasst die Kostenübernahme von insgesamt 25 Kursstunden. Die Begründung für diese -in Bezug auf die erforderliche Kursstundenzahl- zusätzlich beantragten Kursstunden liegt in den ggf. bei den Tagesmüttern nicht gemeinsam nutzbaren Kursterminen.

Die Verwaltung schlägt vor, in Anlehnung an die Bezuschussung der Ausbildungskosten auch die Fortbildungskosten für Tagesmütter zu finanzieren, um die bereits auf- und ausgebaute Kindertagespflege weiter zu unterstützen.

Der Wohnungs- und Sozialausschuss hat sich in seiner Sitzung am 22.07.2014, Beschluss Nr. G 8, mit diesem Thema beschäftigt und empfiehlt dem Gemeinderat, der Anfrage der Unterföhringer Tagesmütter zu entsprechen und bis auf Weiteres zur Unterstützung der Kindertagespflege in Unterföhring einen Zuschuss zu den obligatorischen Fortbildungsmaßnahmen zu zahlen.

Die empfohlene Zuschusshöhe sollte den Bedarf für insgesamt 25 Kursstunden (derzeit á 50,00 €) pro Jahr umfassen.

Beschluss: 24 : 0

77

24

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Wohnungs- und Sozialausschusses und beschließt, als weitere unterstützende Maßnahme zum Ausbau der Kindertagespflege in Unterföhring bis auf Weiteres einen Zuschuss zu den obligatorischen Fortbildungsmaßnahmen zu zahlen. Die Zuschusshöhe soll den Bedarf für insgesamt 25 Kursstunden (derzeit á

05. Sitzung des Gemeinderates vom 18.09.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

50,00 €) pro Jahr umfassen. Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel i.H.v. derzeit 1.250,00 € pro Jahr werden bereits für das Jahr 2014 zur Verfügung gestellt und sind für die Haushaltsjahre 2015 ff entsprechend einzuplanen.

Az.: 431

1, 2

Voranfrage zur Umnutzung von Büroflächen in ein Studentenwohnheim an der Münchner Strasse 12, Fl.Nr. 1189/40, mit Änderung des Bebauungsplans 49/87

Mit Schreiben vom 09.09.2014 stellt die Grundkontor Projekt GmbH, München, in Vertretung der MUC Campus VII GmbH, Rotwandstraße 11, 82031 Grünwald folgende Voranfrage:

Antrag

1. Stimmt der Gemeinderat der Gemeinde Unterföhring der beabsichtigten Umnutzung des Objektes an der Münchner Straße 12, Fl.Nr. 1189/40 in ein Studentenwohnheim zu.
2. Stimmt der Gemeinderat der Gemeinde Unterföhring zur Ermöglichung des Vorhabens einer Änderung des Bebauungsplanes 49/87 „Gewerbegebiet Feringastrasse“ mit Umwidmung der Grundstücksfläche in ein Sondernutzungsgebiet „SO - Studentisches Wohnen“ zu.
3. Stimmt der Gemeinderat der Gemeinde Unterföhring der Änderung des Bebauungsplanes im beschleunigten Verfahren nach §13a BauGB zu.
4. Stimmt der Gemeinderat der Gemeinde Unterföhring der Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich des Bebauungsplanänderungsgebiets im Parallelverfahren zu.

Begründung

Ziel ist eine Umnutzung eines Bestandsgebäudes des sog. Oktavian-Geländes von einer Büro- und Verwaltungsnutzung in eine Nutzung für Studentenwohnungen. Hierfür ist eine Änderung einer Teilfläche der im B-Plan als GE-Gebiet / Gewerbenutzung ausgewiesenen Fläche in eine SO-Fläche / Sondernutzungsgebiet „Studentisches Wohnen“ angestrebt.

Auf Basis der verfügbaren Bestandsunterlagen wurde ein Planungskonzept zur Ermittlung der Kennzahlen des angedachten Nutzungskonzepts entwickelt. Das Betreiberkonzept entspricht den vom Antragsteller bereits in München und anderen Städten verwirklichten Objekten. In Unterföhring ist geplant, den 7. Standort für Studentenwohnungen in München zu realisieren.

Die Voraussetzungen für eine Änderung des Bebauungsplans im beschleunigten Verfahren gemäß §13a BauGB liegen vor. Insbesondere wird mit der Bebauungsplanänderung eine Grundfläche von lediglich insgesamt

05. Sitzung des Gemeinderates vom 18.09.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

1.780 m² festgesetzt, also deutlich weniger als die in diesem Verfahren maximal überplanbare Grundfläche von 20.000 m² bzw. 70.000 m². Zudem wird durch die Bebauungsplanänderung nicht die Zulässigkeit von Vorhaben begründet, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegen.

Der Bürgermeister weist auf die Behandlung im Gemeinderat u.a. am 13.02.2014, Nr. 1116, zu dieser Sachthematik hin. Dem Gremium wurden die eingereichten Projektunterlagen Grundkontor Projekt GmbH vom 09.09.2014 per E-Mail zugesandt.

In der Vorinformation des Gemeinderates am 15.09.2014 erläuterte Herr Pittlinger von der Firma Grundkontor Projekt GmbH, die Planungen und beantwortete die auftretenden Fragen. Dem Gremium wurde die in der Vorunterrichtung vorgestellte Power-Point-Präsentation (Fa. Grundkontor Projekt GmbH) per E-Mail am 17.09.2014 nachgereicht.

In den Diskussionen hat das Gremium klargelegt, dass es einem Studentenwohnheim mit einem entsprechenden Konzept (z.B. öffentliche Förderungen, langjährige Bindung, etc.) offen gegenüber stehen wird und sich bei einer diesbezüglichen Anfrage wieder mit der Thematik befassen wird.

Beschluss: 22 : 2

- 78 24 Der Gemeinderat nimmt die Voranfrage vom 09.09.2014 der Grundkontor Projekt GmbH, München, in Vertretung der MUC Campus VII GmbH, Rotwandstraße 11, 82031 Grünwald zur Umnutzung von Büroflächen in ein Studentenwohnheim an der Münchner Straße 12, Fl.Nr. 1189/40, mit Änderung des Bebauungsplans 49/87 zur Kenntnis.

Der beabsichtigten Umnutzung des Objektes an der Münchner Straße 12, Fl.Nr. 1189/40 in ein Studentenwohnheim wird nicht zugestimmt.

AZ.: 610/1
3.1, 1

Ortsnachrichten Unterföhring; Sachstand und weiteres Vorgehen

- 79 24 Zu diesem Tagesordnungspunkt sind noch Detailfragen aufgetreten. Aus diesem Grund ist eine Behandlung in der heutigen Sitzung nicht gegeben.

Az.:
0 (Stabstelle); 2

05. Sitzung des Gemeinderates vom 18.09.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Straßenbeleuchtung Unterföhring; weiteres Vorgehen und Sachstand

Der Bürgermeister erinnert an die Bekanntgaben im Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss vom 20.12.2011 und 29.01.2013 sowie des Beschlusses des Gemeinderates vom 08.11.2012, Nr. 853. Dort wurde u.a. bekanntgegeben und beschlossen, die Anforderungen der Energieeinsparung bei optimierter Wirkung (Gleichmäßigkeit, Ortsbild, LED-Technik usw.) und die betrieblichen und wirtschaftlichen Aspekte einzubeziehen. Weiterhin erinnert der Bürgermeister an den Beschluss des Gemeinderates vom 13.02.2014, Nr. 1118 zur Eigentumsübertragung der öffentlichen Straßenbeleuchtung an die Gemeinde Unterföhring.

Am 10.09.2013 wurde durch die Kanzlei BBH, zusammen mit der ILB Dr. Rönitzsch GmbH der Statusbericht zur Situation der öffentlichen Straßenbeleuchtung in der Gemeinde Unterföhring vorgestellt. Die technisch-wirtschaftliche Analyse der Ist-Situation hat ergeben, dass sowohl die Betriebsführung und die Instandhaltung als auch die Investitions- bzw. Erneuerungsmaßnahmen in den Anlagenbestand der öffentlichen Straßenbeleuchtung in der Vergangenheit verhältnismäßig gut gewesen sind. Die öffentlichen Straßenbeleuchtungsanlagen im Gemeindegebiet befinden sich daher – insbesondere im Vergleich zu anderen Kommunen im Münchener Umland – in einem sehr ordentlichen Zustand. Vor diesem Hintergrund wurden durch die Kanzlei BBH die Handlungsalternativen der Gemeinde Unterföhring zur Organisation der Betriebsführung der öffentlichen Straßenbeleuchtung und die damit jeweils verbunden Vor- und Nachteile mit Schreiben vom 16.12.2013 kurz dargestellt. Mit Beschluss des Gemeinderates vom 13.02.2014, Nr. 1118 wurde der Handlungsempfehlung der Rechtsanwälte BBH gefolgt, indem die Laufzeit des Straßenbeleuchtungsvertrages bis spätestens 31.03.2019, angelehnt an die Vertragslaufzeit des Stromkonzessionsvertrages, verlängert wird. Parallel zur Kündigung des Stromkonzessionsvertrages, im August 2016, und Neuausschreibung ist durch die Verwaltung zu prüfen, ob das Anlageneigentum der Straßenbeleuchtung in kommunales Eigentum zu überführen ist.

Die momentane Ausstattung der öffentlichen Straßenbeleuchtung in Unterföhring ist sehr unterschiedlich ausgestattet:

- Mastarten:
 - 10 Stück Aluminium;
 - 1.217 Stück Stahl verzinkt;
 - 28 Stück ohne Angabe;
 - ausgeführt in 13 verschiedenen Farben, 14 ohne Anstrich und 35 ohne Beschreibung
- 6 unterschiedliche Mastformen (bei 30 keine Angabe)
- 12 unterschiedliche Leuchtenformen;
- 21 unterschiedliche Leuchtentypen (bei 307 Leuchten keine Angabe)
- 14 unterschiedliche Leuchtmitteltypen.

Für die gleichmäßige Gestaltung des Ortsbildes sollen bei bevorstehenden

05. Sitzung des Gemeinderates vom 18.09.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Erneuerungen der Straßenbeleuchtung, entsprechend der Straßenlage, einheitliche Masten, Leuchtformen und Leuchttypen sowie Einbau von LED eingebaut werden. Die entsprechenden Leuchten sind noch zu bestimmen. Diese sollen in dem geplanten Vor-Ort-Termin (u.a. Bahnhofstraße) am 16. November 2014 durch den Gemeinderat begutachtet werden, zu dem noch gesondert eingeladen wird.

Von den 1.255 Lichtpunkten (Masten) befinden sich 1.143 im Eigentum der Bayernwerk AG, 70 im Eigentum der Bayernwerk AG und Gemeinde (Jahnstraße, P&R Parkplatz S-Bahnhof sowie Einzelleuchten in der Isaraustraße und Kanalstraße) und 42 im alleinigen Gemeindeeigentum.

Angelehnt an den Statusbericht des ILB Dr.Rönitzsch GmbH besteht Handlungsbedarf beim Austausch von 76 Stück Quecksilberdampf-Hochdruck-lampen (HQL). Der Vertrieb von HQL-Lampen ist ab April 2015 in der EU gesetzlich verboten.

Bei den 1.509 Stück Leuchtmitteln sind unterschiedliche Lampen eingebaut:

- 731 Stück Natriumdampf-Hochdrucklampen (NAV)
- 642 Stück LL-Lampen (lange Lebensdauer)
- 76 Stück Quecksilberdampf-Hochdrucklampen (HQL)
- 60 Stück LED und HIT-Lampen.

An 70 Masten sind 73 Leuchten mit 76 Stück Quecksilberdampf-Hochdrucklampen (HQL-Lampen) in folgenden Straßen ausgestattet:

- Bahnhofstraße, je eine Leuchte an 8 Masten
- Flurstraße, je eine Leuchte an 4 Masten
- Föhringer Allee, je eine Leuchte an 12 Masten
- Hofäckerallee, je eine Leuchte an 5 Masten
- Isaraustraße (Staffelberg), je eine Leuchte an 3 Masten und zwei Leuchten an 1 Masten
- Jahnstraße, je eine Leuchte an 27 Masten
- Münchner Straße, drei Leuchten je zwei Leuchtmitteln an 1 Masten
- Neubruchstraße, je eine Leuchte an 5 Masten
- Ringstraße, je eine Leuchte an 4 Masten.

Die Umrüstung auf NAV bzw. LED wurde zwischenzeitlich bis auf die Bahnhofstraße und Ringstraße bei der Bayernwerk AG beauftragt. In der Isaraustraße wurde die Straßenbeleuchtung im Rahmen der Erneuerung der Treppen-/ Wegeanlage zwischen der Münchner Straße und nördlich der Isaraustraße (Staffelberg) komplett neu gestaltet und mit LED-Technik ausgestattet.

In der Gemeinderats-Vorunterrichtung am 15.09.2014 stellte Herr Dallmayr von der Bayernwerk AG die Sanierung der Straßenbeleuchtung in der Bahnhofstraße und Ringstraße vor und beantwortet die auftretenden Fragen.

In der Bahnhofstraße sind von 12 Leuchten 8 Leuchten mit HQL-Lampen ausgestattet. Die 8 m hohen Masten der Straßenbeleuchtung sind zum Teil durch Bäume eingewachsen. Dadurch sind Straße und Gehweg nicht ausreichend beleuchtet. Aus diesem Grund besteht die Notwendigkeit die

05. Sitzung des Gemeinderates vom 18.09.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

komplette Straßenbeleuchtung in der Bahnhofstraße zu erneuern. Nach Empfehlung von Herr Dallmayr, Bayernwerk AG, soll die Masthöhe auf 4 m Höhe ausgelegt werden, damit der Baumbewuchs keinen störenden Faktor mehr darstellt. Zur vollständigen Ausleuchtung müssen die Masten auf beiden Straßenseiten errichtet werden. Zum Einsatz wurden LED-Leuchten in technischer und dekorativer Ausführung vorgestellt.

Da die komplette Straßenbeleuchtung in Unterföhring Zug um Zug mit LED-Leuchten saniert/umgerüstet und ein einheitliches Bild im Gemeindegebiet erzielt werden soll, stehen zur Ausführung technische und dekorative Leuchten.

Im Zuge der Sanierung der Ringstraße wird die Straßenbeleuchtung komplett neu konzipiert und mit LED-Technik ausgestattet.

Da die komplette Straßenbeleuchtung in Unterföhring Zug um Zug mit LED-Leuchten saniert/umgerüstet und ein einheitliches Bild im Gemeindegebiet erzielt werden soll, stehen zur Ausführung technische und dekorative Leuchten. Dekorative Leuchten sind in einem Wohngebiet nicht anzuraten, da diese rundum leuchten und durch ihre Helligkeit störend auf die Anwohner wirken. Es werden somit technische Leuchten empfohlen.

Sobald die endgültige Planung für die Ringstraße vorliegt, erstellt Bayernwerk AG die Kostenberechnung.

80 24 Beschluss: 24 : 0

Die Straßenbeleuchtung in der Bahnhofstraße und Ringstraße wird komplett erneuert. Aufgrund des Baumbewuchses in der Bahnhofstraße werden 4 m hohe Masten eingesetzt. Zur vollständigen Ausleuchtung der Straße und des Gehweges werden die Masten beidseitig angeordnet.

Als Leuchtmittel werden LED-Leuchten eingebaut.

Zur Ausführung kommen *technische/dekorative* Leuchten, die noch vom Gemeinderat zu bestimmen sind, um ein einheitliches Bild im Gemeindegebiet zu erzielen.

Az: 6315

3.2; 3.1; 3.3; 2.1

Antrag der Musikschule Unterföhring e.V. auf einen zusätzlichen Unterrichtsraum im Bürgerhaus; Sachstand und weiteres Vorgehen

Mit Schreiben vom 29.06.2014 stellte die Musikschule Unterföhring e.V. einen Antrag auf einen zusätzlichen Unterrichtsraum im Bürgerhaus. Dieser Antrag wurde dem Gremium zugestellt. Gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 10.07.2014, Nr. 54, wurde die Verwaltung beauftragt zu prüfen, ob es möglich sei, dass der Kopierraum als ein zusätzlicher Unterrichtsraum von der Musikschule Unterföhring e. V. genutzt werden kann. Die Einbindung der weiteren Vereine im Bürgerhaus und das Kulturamt sind dabei zu berücksichtigen.

Die Prüfung durch die Fachakustikfirma Zeiler-Technik aus Neuötting zeigte,

05. Sitzung des Gemeinderates vom 18.09.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

dass umfangreiche und kostenintensive Umbaumaßnahmen notwendig wären, um den derzeitigen Kopierraum im 2. OG als Übungsraum der Musikschule Unterföhring e. V. nutzen zu können. Dieser Raum müsste innen mit schallabsorbierenden Materialien ausgekleidet werden und die Zwischentüre gegen eine Türe mit entsprechender Schallabsorbierung ausgetauscht werden.

Ebenso wurden die Vereine im Bürgerhaus über den Antrag der Musikschule e.V. informiert und bzgl. der Raumsituation angefragt.

Auf Grund der Rückmeldungen durch die Vereine, die bautechnische Beurteilung der Fachakustikfirma, dass nicht unerhebliche Umbaumaßnahmen für diesen Kopierraum im 2. OG erforderlich wären und darüber hinaus die deutlich beengte Raumsituation des Kulturamtes (neue Mitarbeiter Verwaltung/Technik, fehlende Lagermöglichkeiten etc.), wäre dieser Kopierraum im 2. OG als Büroraum für das Kulturamt dringend notwendig. Das bisherige Kopiergerät (Nutzung durch die Vereine) könnte im Besprechungsraum/Sozialraum (2. OG) aufgestellt werden und somit durch die Vereine weiterhin genutzt werden. Um der Musikschule einen Übungsraum anzubieten, könnte der Mietpartyraum im UG (u.a. schallgedämmt, individuell zugänglich) durch diese bis auf weiteres mitgenutzt werden. Das Kulturamt würde bei Zustimmung durch den Gemeinderat, einen Belegungsplan für den Mietpartyraum aufstellen um die Belange der Nutzer in Einklang zu bringen.

81 23 Beschluss: 23 : 0

Auf Antrag der Musikschule e.V. vom 29.06.2014, wird bis auf weiteres der Mietpartyraum im UG der Musikschule als Übungsraum zur Mitnutzung zur Verfügung gestellt. Das Kulturamt erstellt einen Belegungsplan des Mietpartyraums unter Berücksichtigung aller Nutzer. Eine spätere Überschneidung mit dem Mietpartyraum ist auszuschließen (insbesondere freitags). Der bisher als Kopierraum genutzte Raum im 2. OG wird künftig als Büro für Mitarbeiter des Kulturamtes zur Verfügung gestellt.

Az.: 312; 3120
4.1; 0.1; 2.1

Das Gemeinderatsmitglied Herr Mecke hat sich wegen persönlicher Beteiligung gemäß Art. 49 Abs. 1 Satz 1 GO an der Beratung und Abstimmung nicht beteiligt.

Antrag des Museum- und Heimatvereins e.V. Feringer Sach auf Restaurierung und Platzierung einer historischen Diesellok

Der Bürgermeister gibt den Antrag des Museum- und Heimatvereins e.V. Feringer Sach zur Restaurierung und Platzierung einer historischen Diesellok vom 30.07.2014 bekannt. Dieser Antrag wurde dem Gremium zugestellt.

Begründung:

Die Fa. Moll (später Überland) hat in den 50er und 60er Jahren des letzten Jahrhunderts mit einer Schmalspurbahn aus dem Stadtgebiet München

05. Sitzung des Gemeinderates vom 18.09.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

sowohl anfallenden Kies als auch Abraum nach Unterföhring transportiert. Die dafür verwendete Diesellok (Baujahr 1955, Fa. Henschel, zwei Zylinder, 60 cm Spurbreite) stand viele Jahre am südlichen Ortseingang im Freigelände der Firma an der Münchner Str. Später wurde sie in einer Halle untergebracht. Zahlreiche Eisenbahnvereine wollten mittlerweile diese Schmalspurlok erwerben, doch die Besitzer lehnten jeweils ab.

Nunmehr hat die Fa. Überland dem Museum- und Heimatverein e.V. Feringer Sach diese historische Lok als Geschenk angeboten. Feringer Sach ist bereit, die Restaurierung und die damit entstehenden Kosten zu übernehmen.

Die Gemeinde jedoch wird gebeten, im Ortsbereich von Unterföhring einen geeigneten Platz zu bestimmen, auf dem diese Lok aufgestellt und der Öffentlichkeit präsentiert werden kann. Dazu bedarf es unserer Meinung nach eines geeigneten Unterbaus für das noch vorhandene Gleisstück, auf das die Lok gestellt werden kann. Außerdem ist ein Umbau bzw. Überbau erforderlich, damit die Lok vor Witterungseinflüssen geschützt wird und nicht frei zugänglich ist (Unfallgefahr, Vandalismus). Die dafür erforderlichen Planungen und Kosten müsste die Gemeinde übernehmen. Den Transport der Schmalspurlok an den zukünftigen Aufstellungsort übernimmt die Fa. Überland/Kiesa.

Platzierungsvorschlag des Museum- und Heimatvereins e.V. Feringer Sach: Rechteckige Grünfläche westlich vor dem Bahnhof (die Fläche, um die der Ortsbus wendet) oder eventuell eine geeignete Fläche vor dem geplanten neuen Gebäude der VHS oder eine andere geeignete Fläche auf dem BAHOG - Gelände, das zurzeit ortplanerisch gestaltet werden soll.

82 24 Beschluss: 24 : 0

Gemäß dem Antrag des Museum- und Heimatvereins e.V. Feringer Sach zur Restaurierung und Platzierung einer historischen Diesellok werden die Kosten für den Unterbau, Umbau bzw. Überbau (Schutz vor Witterungseinflüssen und Vandalismus) seitens der Gemeinde grundsätzlich übernommen. Der konkrete Standort für die historische Diesellok wird noch zu gegebener Zeit nach einem gemeinsamen Ortstermin durch den Gemeinderat festgelegt.

Az.: 610-
0; 2; 3; 4

Bekanntgaben und Anfragen

Bekanntgaben:

- Vorstellung des neuen Organigramms der Gemeinde Unterföhring ab 01.10.2014.

05. Sitzung des Gemeinderates vom 18.09.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Rahmenplanung Unterföhringer Ortsmitte (UFO) einschließlich ehemaliges BAHOG-Gelände; Sachstand zu eingegangenen Stellungnahmen; ab Oktober findet eine öffentliche Informationsveranstaltung statt.
- Aktualisierung Flächennutzungsplan und Ortsrandeingrünung wird im Oktober im GR zur weiteren Behandlung vorgelegt.
- Außenanlagen Bürgerhaus Unterföhring, Sanierung des Terraway Belages und der Nässeeintrag in die Tiefgarage. Hier wird von Gericht ein Beweissicherungsverfahren eingeleitet (kann nun einige Monate dauern).
- Fällung der Weide am Eingang des Parkfriedhofes im Herbst 2014. Eine Ersatzpflanzung einer „Friedenslinde“ wird gemeinsam mit dem Gartenbauverein e.V. in enger Abstimmung umgesetzt.
- Emissionsmessung HKW Nord; Messwerte liegen alle weit unter den vorgegebenen Grenzwerten.
- Schulsegnung am 15.09.2014 und Schulbeginn am 16.09.2014 Restarbeiten im Außenbereich Pflaster an der Münchner Straße und noch kleinere Nacharbeiten im Gebäude sind noch zu erledigen. Schulbetrieb ist nicht eingeschränkt und die restlichen Sportgeräte und Mobiliar werden in den nächsten 14 Tagen geliefert.

Hinweis auf weitere Termine:

- 29.09.2014 Neubürgerversammlung
- 03.10.2014 Verleihung Kulturpreis
- 22.10.2014 Bürgerversammlung

Keine Anfragen aus der Mitte des Gemeinderats

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung um 22:10 Uhr und bedankt sich bei den Zuhörern und den Mitgliedern des Gemeinderates.

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Lothar Kapfenberger
Schriftführer

05. Sitzung des Gemeinderates vom 18.09.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss
